



Fokusthema

Demokratie als Grundlage sozialarbeiterischen Handelns

Wenn Fachpersonen nicht hinter ihren Handlungen stehen können, empfinden sie Unbehagen. Eine Antwort darauf könnte sein, die Soziale Arbeit verstärkt an der Demokratie zu orientieren.

Text: Bündnis für politische Soziale Arbeit

Die Autor*innenschaft

.....
Das Bündnis für politische Soziale Arbeit entstand 2018 im Zusammenhang mit dem Referendum gegen das nationale Überwachungsgesetz. Das Bündnis besteht aus Sozialarbeitenden, Sozialpädagog*innen und aus Studierenden und Dozierenden, die sich mit der politischen Rolle der Sozialen Arbeit beschäftigen und sich über Wahrnehmungen und Einschätzungen ihrer praktischen Tätigkeit austauschen. Das Bündnis positioniert sich mit Publikationen und Diskussionsveranstaltungen (z. B. Widmer et al. 2018). Informationen unter www.buendnis-soziale-arbeit.ch
.....

Sozialarbeitende und Sozialpädagog*innen schildern des Öfteren den Eindruck, in den Institutionen nicht so arbeiten zu können, wie sie es für richtig halten. Dies äussert sich etwa darin, Massnahmen und Handlungen gegenüber betroffenen Personen umsetzen zu müssen, hinter denen die Sozialarbeitenden nicht stehen können. Ein Unbehagen kommt auf, wenn beispielsweise zu wenig Zeit für die wesentlichen Themen in Beratungsgesprächen bleibt oder wenn über den Kopf von Menschen mit Beeinträchtigung hinwegbestimmt wird. Sozialarbeitende werden mit diesem Unbehagen zusehends allein gelassen, sowohl was die institutionelle Einbettung als auch die professionelle Analyse der konkreten Situationen betrifft. Es fällt auf, dass viele der Spannungen individuell ausgehalten werden müssen, aber zusehends weniger als Ausdruck struktureller Rahmenbedingungen und gesellschaftlicher Verhältnisse interpretiert werden.

Vor dem Hintergrund dieser Beobachtungen wird mit vorliegendem Beitrag angestrebt, Demokratie als Grundlage sozialarbeiterischer Analysen und Handlungen stark zu machen. Hierbei wird davon ausgegangen, dass das genannte Unbehagen unter anderem daher kommt, dass der eigentlich politische Gehalt der Sozialen Arbeit nicht mehr als solcher verstanden wird.

Demokratie als Selbstbestimmung

Die aktuelle Debatte um politische Soziale Arbeit ist stark davon geprägt, wie es Soziale Arbeit schafft, sich stärker im parlamentarischen Kontext einzubringen: Auf individueller Ebene durch mehr Beteiligung in Parteien, auf struktureller Ebene durch öffentlichkeitswirksame Handlungen und Lobbyarbeit. Diese Ambitionen haben ihre Berechtigung, stehen jedoch in der Tendenz, Demokratie auf seine parlamentarische Form zu reduzieren. Eher selten wird Soziale Arbeit direkt mit Demokratie verbunden, noch seltener als deren normative Grundlage aufgegriffen. Demokratie bedeutet im radikalen Sinne, dass die Menschen ihre Geschicke in ihre eigenen Hände nehmen. Damit geht einher, dass staatliche Eingriffe in die individuelle Selbstbestimmung legitimationsbedürftig sind und Selbstbestimmung auch mit Selbstverantwortung verbunden ist.¹ Als Sozialarbeitende sehen wir uns also genau mit diesen beiden Aspekten konfrontiert: unsere Interventionen erstens als legitimationsbedürftige Eingriffe zu verstehen und zweitens die betroffenen Menschen dabei zu unterstützen, ihre Geschicke (wieder) in die eigenen Hände nehmen zu können.

Adressat*innen Sozialer Arbeit sollen als Subjekte an der politischen Gestaltung der Gesellschaft teilnehmen. Vor dem Hintergrund dieses Demokratieverständnisses, das die grösstmögliche Inklusion von Menschen bei gemeinsamen Willens- und Meinungsbildungsprozessen beinhaltet, ist jeder Ausschluss einer Person von einem Entscheidungsprozess legitimationsbedürftig. Gerade hierin liegt eine normative Grundlage, indem sich die Soziale Arbeit an den Forderungen orientiert, die reale Macht bei den Menschen zu verankern und die Themen an dem Ort zu klären, wo sie stattfinden.² Was im konkreten Handeln in der Sozialen Arbeit zu tun ist, ist Gegenstand kommunikativer Klärungsprozesse

Diskussionen und Aushandlungen wie auch Streit und Konflikt sind Grundbestandteil sozialarbeiterischen Handelns.

se in realen Situationen. Diskussionen und Aushandlungen wie auch Streit und Konflikt sind Grundbestandteil und Stärke sozialarbeiterischen Handelns. Dies lässt sich hinsichtlich zweier Aspekte diskutieren:

Demokratisierung der Interaktionen

Dass die Beziehungen zwischen Adressat*innen und Sozialarbeitenden relevant sind, ist ein Gemeinplatz der Praxis. Dieser lässt sich mit den oben genannten Überlegungen zur Demokratie insofern kritischer fassen, als dass grundsätzlich kein Mensch vertreten werden kann. Insbesondere dann, wenn Sozialarbeitende aus einem fürsorglichen Grund glauben zu wissen, was gut und richtig für die Adressat*innen ist, soll an der Forderung festgehalten werden, dass die Menschen immer nur für sich sprechen können. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ma-

Fussnoten

1 Beide Aspekte werden tendenziell von neoliberalen Deutungen übernommen. Selbstbestimmung und Selbstverantwortung müssten aber wieder zentrale Forderungen der Sozialen Arbeit werden, gerade in Kritik an den neoliberalen Zuschreibungen (eine treffende Kritik findet sich bei Wyss 2020).

2 Die Orientierung Sozialer Arbeit an direkter Demokratie wurde im Rahmen der Theorie der «offensiven Sozialarbeit» von Martin Graf und Christian Vogel entwickelt (Graf 2012, Graf 2017, Vogel 2017). Einige der vorliegenden Überlegungen beziehen sich auf ihre Arbeiten.



nifestieren sich in den Interaktionen zwischen den involvierten Menschen. Das bedeutet, dass sich Sozialarbeitende «zur Disposition stellen» und somit ein kritisches Bewusstsein darüber anregen, inwiefern die Fachpersonen Teil der gesellschaftlichen Machtstrukturen sind. Die damit verbundenen gesellschaftlichen Spannungen werden so zum Gegenstand der Auseinandersetzungen zwischen Adressat*innen und Sozialarbeitenden. Denn problematisch werden die Beziehungen vor allem dort, wo die dahinterliegende Macht diffus wird. Wenn die Interaktionen zwischen Adressat*innen und Sozialarbeitenden nicht in ihrem gesamtgesellschaftlichen Kontext gefasst werden und kommunikative Aushandlungen zunehmend weniger stattfinden, kann dies zum einleitend umschriebenen Unbehagen führen. Als Gründe für diese Entwicklung können etwa hohe büro-

kratische Anforderungen und Standardisierungen genannt werden.

Demokratisierung der Gesellschaft

Selbstbestimmung lässt sich nicht allein auf die politischen Rechte begrenzen, sondern beinhaltet auch diejenigen Aspekte, die ausserparlamentarisch zur Geltung gebracht werden. Die real existierenden Strukturen weisen insofern immer Demokratiedefizite auf, als die Orientierung an direkten Aushandlungsprozessen nicht flächendeckend umgesetzt wurde. Wo das nicht möglich ist, ist dies allerdings gerade nicht als «individuelles Versagen der direkt Beteiligten zu verstehen, sondern als Ausdruck der Defizite einer Gesellschaft in Bezug auf die Ausbildung demokratischer Struktur [...]» (Vogel 2017: 281). Eine an Demokratie orientierte Soziale Arbeit zielt darauf ab, verdrängte Inhalte in die öffent-



Die aktuelle Episode des Podcasts *Voix Sociales* gibt einer Gruppe von Menschen ohne Papiere das Wort (in Französisch). Aufgrund ihres Status werden ihnen gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten verwehrt.
www.avenirsocial.ch/
[Publikationen / Voix Sociales](#)



lichen und staatlichen Klärungsprozesse, aber auch innerhalb der Institutionen der Sozialen Arbeit einzuführen. Wo das nicht gelingt, tauchen mit grosser Wahrscheinlichkeit Spannungen bei Sozialarbeitenden auf, die sich als Unbehagen zeigen, aber als Ausdruck eines Demokratiedefizits innerhalb der Gesellschaft gelesen werden müssten.

Verzweifelte Situationen

Dieses Unbehagen und die damit verbundene Spannungen zeigen sich in konkreten Bereichen der Sozialen Arbeit, wie in den anfangs erwähnten Beispielen. Als Zuspitzung solcher Demokratiedefizite sehen wir aktuell den menschenunwürdigen Umgang mit geflüchteten Menschen, die unter verwalteten Bedingungen untergebracht werden und deren lebensweltliche Perspektiven in der öffentlichen Diskussion kaum stattfinden. Hier kann nicht mehr von einem diffusen Unbehagen gesprochen werden, sondern von Zuständen, die für Betroffene sowie Sozialarbeitende oft verzweifelte, aussichtslose Situationen darstellen. Das Politische der Sozialen Arbeit ist als solches im direkten Handeln und in den Institutionen als noch nicht verwirklichtes demokratisches Potenzial erkennbar. •

Literatur

- Graf, M. A. (2012). Zur Normativität von Sozialpädagogik und Sozialarbeit. In: Otto, H.-U., Ziegler, H. (Hrsg.). Das Normativitätsproblem der Sozialen Arbeit. Zur Begründung des eigenen und gesellschaftlichen Handelns. Sonderheft 11. Lahnstein. Verlag Neue Praxis. S. 83–89
- Graf, M. A. (2017). Offensive Sozialarbeit. Beiträge zu einer kritischen Praxis. Band 1: Grundlagen. Norderstedt. Books on Demand
- Vogel, C. (2017). Offensive Sozialarbeit. Beiträge zu einer kritischen Praxis. Band 2: Verfahren und Anwendungen. Norderstedt. Books on Demand
- Widmer, S., Legatis, T., Studer, T. (2018). Soziale Arbeit gegen das Überwachungsgesetz. Zur Legitimation sozialer Kontrolle – Eine Kritik. In: SozialAktuell (Nr. 11, November 2018). S. 36–38
- Wyss, K. (2020). Selbstverantwortung? – Selbstverantwortung! Aufklärung dank Krise. In: SozialAktuell. Juni 2020. S. 8–11